

Erwartungen der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung an die Förderung durch den Bund.

Interview mit der Vorsitzenden des Bundesausschusses Politische Bildung (bap) Barbara Menke

POLIS: Angesichts der Zunahme von rechtsextremistisch motivierten Straftaten und Mordaktionen in letzter Zeit hat die Bundesregierung eine Verlängerung und Ausweitung ihrer Programme zur Förderung der Demokratieerziehung und Prävention beschlossen. Halten Sie die Maßnahmen von der Struktur und vom Umfang her für hinreichend?

MENKE (BM): Zunächst einmal halte ich es für wichtig und richtig, dass die Bundesregierung gerade angesichts der von Ihnen zu recht genannten rechtsextremistischen Gewaltspirale und nicht zuletzt wegen der Erfolge des demokratiefeindlichen Rechtspopulismus sowohl die politische Bildung als auch die Demokratieerziehung in Teilbereichen stärker fördert, als das in früheren Jahren der Fall war. Auch Präventionsmaßnahmen zur Abwehr akuter Demokratiegefährdungen werden richtigerweise ausgebaut.

Was ich mir wünschen würde, wäre allerdings, dass Fördermaßnahmen für die politische Bildung entweder langfristiger oder gleich strukturell dauerhaft abgesichert würden. Die gegenwärtige, eher kurzfristige Projektförderung schafft weder die Planungssicherheit, auf die wir dringend angewiesen sind, noch eröffnet sie hinreichend Freiräume für pädagogische Innovationen, die wir für den wirksamen Umgang mit der flexiblen und digital affinen Strategie der aktuellen Demokratiegegner und -feinde so notwendig brauchen. Gerade die Morde von Hanau haben noch einmal die Dringlichkeit einer Allianz aller demokratischen Kräfte zur Festigung unserer Demokratie verdeutlicht. Politische Bildung ist hier ein starker Partner und will das auch sein!

POLIS: Es gibt eine Vielzahl verschiedener Fördermöglichkeiten durch den Bund: Nach dem Kinder- und Jugendplan, zum Beispiel im Rahmen der Bundesprogramme „Zusammenhalt durch Teilhabe“ und „Demokratie leben“ und von der Bundeszentrale für Politische Bildung. Ist das nicht sehr unübersichtlich? Würden Sie

(und der bap) sich eine bessere Koordination wünschen?

BM: Zunächst will ich festhalten, dass die Institutionen und Programme, die Sie genannt haben, sich an je verschiedene Zuwendungsnehmer von der politischen Erwachsenenbildung über die außerschulische Jugendbildung bis zur Demokratieerziehung (auch in Schulen) richten. Es bedarf doch einer gewissen Expertise und kontinuierlicher Beobachtung der „Förderlandschaft“, um umfassend wahrzunehmen, welche Programme und damit verbunden Ausschreibungen auf den Weg gebracht werden.

Trotzdem will ich nicht verhehlen, dass von außen betrachtet die Vielzahl der Fördermaßnahmen und auch die Unterschiedlichkeit der dafür verantwortlichen staatlichen Stellen unübersichtlich wirken kann, so dass der von Ihnen angedeutete Eindruck einer suboptimalen Koordination aller Maßnahmen, die ja noch dazu von verschiedenen Ressorts verantwortet werden, durchaus nicht von der Hand zu weisen ist. Die „Beobachtung“ und Mitwirkung in diesem vielfältigen Bereich bedarf eigener Ressourcen, die für die Träger der außerschulischen Bildung leider nicht immer zur Verfügung stehen.

Grundsätzlich sind aber strukturell Möglichkeiten gegeben, die Interessen der pluralen Trägerlandschaft einzubringen. Dazu zählen z.B. der „Runde Tisch“ der Bundeszentrale für politische Bildung, der „partnerschaftliche Dialog“ des Bundesfamilienministeriums mit verschiedenen Arbeitsgruppen, an denen die Träger beteiligt sind. Oder auch die sog. „Konsultationsveranstaltungen zum Nationalen Aktionsplan gegen Rassismus und weitere Ideologien der Ungleichwertigkeit“, die gemeinsam von der Bundeszentrale und vom Bundesinnenministerium durchgeführt werden.

Was es allerdings braucht, sind zusätzliche Diskursräume: etwa eine Plattform, die den Austausch zwischen Akteuren der politischen Bildung und den Akteuren der Präventionsarbeit sicherstellt, Gemeinsamkeiten und Unterschiede definiert und ggf. aufeinander bezogene Strategien entwickelt. Daneben eine weitere Plattform, die den Austausch zwischen den Akteuren der außerschulischen politischen Bildung, der sozialen Arbeit und weiteren Feldern ermöglicht und das jeweils

Eigene definiert und Schnittstellen gemeinsamen Tuns herausarbeitet. Beide Diskursräume müssen sich intensiv um den Einbezug von neuen zivilgesellschaftlichen Akteuren und hier besonders von Migrantenselbstorganisationen bemühen und offen sein für Impulse, die von dieser Seite längst gibt.

POLIS: Wie sehen Sie persönlich das Verhältnis zwischen Präventionsarbeit auf dem Felde des politischen Extremismus und dem Aufgabengebiet der politischen Bildung?

BM: Politische Bildung hat hier sicherlich das weit umfänglichere Arbeitsfeld. Sie will ein Verhältnis der Menschen zur Politik im Sinne einer lebendigen Demokratie, persönlichkeitsbildende Grundlagen des Wissens, der Reflexion aber auch des Handelns schaffen.



© privat

Barbara Menke wurde 2015 zur Vorsitzenden des bap e.V. gewählt. Hauptberuflich ist sie Bundesgeschäftsführerin der Bildungsorganisation ARBEIT UND LEBEN von DGB und VHS. Der bap ist ein pluraler Zusammenschluss von 25 bundesweit tätigen Verbänden der außerschulischen Jugend- und Erwachsenenbildung.

Ein solcher Ansatz umfasst ein breites Spektrum von Themen und Zielgruppen.

Demokratieprävention, wie sie etwa der Verfassungsschutz versteht, kann die Aufgaben der politischen Bildung nicht übernehmen und sollte es wegen des auf die Gefahrenabwehr gerichteten Demokratie-Verständnisses besser nicht tun.

In dem von mir oben genannten Sinne ist der Auftrag der politischen Bildung viel weiter gefasst – etwa auch in der Möglichkeit ein kritisches demokratisches Bewusstsein zu fördern, das für Sachverhalte sensibel macht, die in unserer Demokratie nicht gut laufen und die zum Besseren weiterentwickelt werden müssten. Allerdings gibt es größere und kleinere Schnittmengen; Schnittmengen, die eine Zusammenarbeit nicht nur sinnvoll, sondern von Fall zu Fall sogar notwendig erscheinen lassen.

So arbeitet die politische Bildung etwa mit jungen Menschen, die in Gefahr stehen, rechtsradikalen oder islamistischen Einflüssen

zu unterliegen. Wir machen das dann aber auf unsere Art. Wir sind Pädagog*innen und insofern nicht neutral, als wir wertorientiert für die demokratischen Grundrechte und die Menschenrechte eintreten. Gefahrenabwehr im engeren Sinne gehört nicht zu unserem Beruf. Eine „Versicherheitlichung“ unserer Profession wird es darum nicht geben.

Aufs Ganze gesehen bleibt es substanziell wichtig zu wissen, was der Kern, wenn Sie so wollen, das Proprium der eigenen Arbeit ist. Nur so kann ausgelotet werden, wo und an welchen Stellen man gemeinsam mehr erreicht, als jeder einzelne Bereich allein erreichen würde.

POLIS: Man kann den Eindruck haben, dass die außerschulische politische Jugendbildung und die politische Bildung in Schulen bisweilen unverbunden nebeneinander her arbeiten. Welche Innovationen auf dem Gebiet der Zusammenarbeit halten Sie und der bap für erforderlich und sinnvoll?

BM: Hier muss man Inhalte und Institutionen differenziert betrachten. Inhaltlich gilt etwa der Beutelsbacher Konsens in der außer-

schulischen Jugendbildung genauso wie im Politikunterricht. Darüber hinaus werden Sie auch bei einer Reflexion über die in beiden Bereichen zu vermittelnden Kompetenzen viel Identisches finden, viele Überschneidungen und Verbindungen, wo die Didaktiker*innen der einen wie der anderen Seite sich wechselseitig viel zu geben haben. Das heißt, es ist kein theoretisches Problem.

Anders steht es in der Tat im institutionellen Bereich. Auch hier gibt es eine Reihe von Projekten, in denen die außerschulische Bildung mit Schulen in ihrem Einzugsbereich intensiv kooperiert. Zum Beispiel die Projekte im Rahmen des Nationalen Präventionsprogramms gegen islamistischen Extremismus, die von den politischen Bildungsträgern Arbeitskreis Deutscher Bildungsstätten, der evangelischen Trägergruppe für politische Jugendbildung, ARBEIT UND LEBEN, der Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke und dem Deutschen Volkshochschulverband durchgeführt werden.

Die vom Familienministerium geförderten Projekte verfolgen das Ziel, Jugendliche vor religiös begründeter Radikalisierung zu schützen und alternative Lebensperspektiven mit

den jungen Leuten zu entwickeln. Das Projekt zielt auf die Schule, als einem zentralen Lebensraum junger Leute. Hier soll mit Hilfe sog. Respekt-Coaches die Zusammenarbeit unterschiedlicher Akteure rund um diesen Lebensraum ausgebaut und intensiviert werden.

Wir machen gute Erfahrungen mit diesen Projekten, die auf eine interdisziplinäre Kooperation setzen.

Grundsätzlich bleibt aber ein strukturelles Spannungsfeld bestehen: Die außerschulische Bildung basiert auf Freiwilligkeit. Es gibt keinen Zwang zur Teilnahme und keine Zensuren. Beide gelten aber für die Schule und ihren Unterricht. Daneben gibt es habituelle Spannungsfelder und Ungleichgewichte. Nicht wenige Lehrkräfte haben offenkundig ein Problem mit der gleichen Augenhöhe, gerade wenn es sich um Teamer*innen der außerschulischen politischen Bildung handelt – und erst recht, wenn diese in den Unterricht kommen. Ich bin nicht sicher, ob Innovationen organisatorischer Art hier weiterhelfen, viel eher wäre ein genereller Bewusstseinswandel vonnöten. Gemeinsame Vorhaben können hier sicherlich ein Weg zur Kooperation und Weiterentwicklung sein.

Analyse zur PR-Arbeit von Unternehmen an Schulen

Frankfurt am Main. Zu dem an Schulen Platz greifenden Lobbyismus zählen immer häufiger von Unternehmen verbreitete Unterrichtsmaterialien. Im Internet sind circa 800.000 kostenlose Lehrmaterialien zur Unterrichtsgestaltung verfügbar, die von Lehrkräften auch eingesetzt werden. Wie sehen solche Materialien aus und wie können bzw. sollten Lehrkräfte und bildungspolitisch Verantwortliche mit dieser Einflussnahme umgehen?

Der Prof. für Didaktik der Sozialwissenschaften und ehemalige POLIS-Redakteur Tim Engartner ist in einem Arbeitsheft der gewerkschaftsnahen Otto-Brenner-Stiftung diesen Fragen nachgegangen. Am Beispiel der dreißig DAX-Unternehmen (Stand August 2019) zeichnet er nach, in welchem Umfang, auf welchen Wegen und mit welchen Inhalten die großen Unternehmen in Deutschland über Unterrichtsmaterialien versuchen, den „Kampf um die Köpfe der Kinder“ – wie dies

der Deutschlandfunk am 8. Oktober letzten Jahres genannt hat – zu gewinnen. Ein Ergebnis: 20 von 30 der untersuchten DAX-notierten Unternehmen sind unmittelbar in die Produktion solcher Materialien eingebunden; fast alle davon haben mit expliziten Angeboten in allen Bildungsbereichen Lernende und Lehrende vom Vorschulbereich über die allgemeinbildenden bis zu den berufsbildenden Schulen als Adressaten.

Die meist kostenlos zur Verfügung gestellten Lehrmaterialien haben häufig reinen Werbecharakter, deren pädagogische und didaktische Qualität bislang von niemandem geprüft wird. Der Bundesverband Deutscher Stiftungen unterstreicht die Schlussfolgerung der Analyse: „Sinnvoll wäre eine bundesweit agierende Prüfstelle für Unterrichtsmaterialien.“ (<https://www.wissensatlas-bildung.de/>)

Quelle: Tim Engartner: Wie DAX-Unternehmen Schule machen. Lehr- und Lernmaterial als Türöffner für Lobbyismus. Ein Projekt der Otto-Brenner-Stiftung (OBS-Arbeitsheft 100). Frankfurt am Main 2019. 80 Seiten (Informationen und kostenloses Download unter: <https://www.otto-brenner-stiftung.de/ah100info>).

vO



Wie DAX-Unternehmen Schule machen

Titelbild der Untersuchung